

## Klößner will Grundgesetzänderung für GAK-Öffnung - Chancen scheinen derzeit günstig

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner drängt auf eine Öffnung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und deren Erweiterung um die ländliche Entwicklung. In einem Schreiben an Kanzleramtsminister Prof. Helge Braun wirbt die CDU-Politikerin für eine dafür notwendige Grundgesetzänderung. Die politischen Chancen für eine Änderung von Artikel 91a des Grundgesetzes und eine Ergänzung der GAK um die ländliche Entwicklung schätzt Klößner als derzeit günstig ein. Sie verweist auf die Unterstützung in den eigenen Reihen, aber auch in anderen Parteien sowie in den Ländern.

Länderberichte 14

## Kritische Reaktionen auf GAP-Vorschläge - Rukwied fordert grundlegende Änderungen

In Deutschland sind die Brüsseler Legislativvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 in Politik und Verbänden überwiegend kritisch aufgenommen worden. Während Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner ein Festhalten an den Direktzahlungen im Grundsatz begrüßte, erteilte sie einer verpflichtenden Kappung derselben bei 100 000 Euro je Betrieb eine Absage. Für Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied gehen die Vorschläge der EU-Kommission „in wichtigen Punkten in eine falsche Richtung“. Die Umweltverbände hielten der Brüsseler Administration eine vertane Chance und eine rückwärtsgewandte Politik vor.

Länderberichte 19

## Aeikens kündigt Ackerbaustrategie der Bundesregierung für Herbst 2019 an

Ihre Ackerbaustrategie wird die Bundesregierung im Herbst 2019 vorlegen. Das hat Agrarstaatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens auf der 6. Ackerbautagung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) angekündigt. Eine vom Agrarressort eingesetzte Arbeitsgruppe solle Handlungsfelder identifizieren und Lösungsmöglichkeiten entwickeln. Dabei werde auch die landwirtschaftliche Praxis beteiligt, versicherte Aeikens. Die von den Agrarverbänden vorgelegte Ackerbaustrategie lobte er als „gute Grundlage für die weitere Diskussion“. DBV-Vizepräsident Wolfgang Vogel mahnte indes, dass die Landwirtschaft im Zuge ihrer nachhaltigen Neuausrichtung wettbewerbsfähig bleiben müsse.

Länderberichte 7

## EU-Kommission will bei 100 000 Euro Kappung

Den landwirtschaftlichen Großbetrieben in der Europäischen Union drohen schmerzhaftes Einschnitte bei den Flächenprämien. In ihrem am vergangenen Freitag in Brüssel vorgelegten Entwurf zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 schlägt die EU-Kommission eine obligatorische Kappung der Direktzahlungen ab 100 000 Euro pro Betrieb vor. Zudem sollen die Direktzahlungen bereits ab einem Betrag von 60 000 Euro degressiv gekürzt werden. Wie zuvor bereits bekannt geworden war, sollen bei der Obergrenze allerdings noch jeweils die Arbeitskosten berücksichtigt werden, und zwar die landesspezifischen Lohnkosten. Die durch die Kappung freiwerdenden Mittel sollen vor allem den kleinen und mittleren Betrieben zugutekommen. Darüber hinaus soll es eine weitere Angleichung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten geben; diese würde unter anderem auf Kosten Deutschlands sowie Frankreichs und zu Gunsten der Balten gehen. Am bisherigen Zwei-Säulen-Modell will die Kommission grundsätzlich festhalten. Den Mitgliedstaaten soll bei der Umsetzung ihrer Agrarpolitik ein größerer Freiraum gelassen werden, wie dies schon in der Mitteilung von November angekündigt worden war. Allerdings will Brüssel weiterhin die Rahmenbedingungen setzen. Junglandwirte sollen besonders unterstützt werden. Zudem ist vorgesehen, die zukünftige GAP stärker auf Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auszurichten. Derweil gab das Europaparlament der Kommission hinsichtlich einer Kappung der Direktzahlungen Rückmeldung. Zugleich wandte sich das Straßburger Plenum allerdings gegen eine Kürzung des EU-Agrarhaushalts, wie dies von der Kommission vorgesehen ist.

EU-Nachrichten 4 und 6